

Ausschnitt aus dem Insel-Boten Vom 26.06.2010

Seebrücke

Wyk

Der Hafenausschuss möchte an Stelle der Mittelbrücke eine 300 Meter lange Seebrücke errichten und die Mittelbrücke an den Südstrand verlegen. Nun muss der Finanzausschuss prüfen, ob dieser Bau bezahlbar ist.



300 Meter lange Seebrücke für Wyk?

Hafenausschuss diskutiert über neue Touristen-Attraktion – Mittelbrücke soll an den Südstrand umziehen

Wyk



Mehr als doppelt so weit wie bisher könnte die Brücke ins Meer ragen.

Foto: pk

Was haben Heringsdorf auf Usedom, Binz auf Rügen oder das englische Brighton gemeinsam? Richtig, sie sind bekannt für ihre Seebrücken. Seit der jüngsten Sitzung des Hafenausschusses scheint es aber nur noch eine Frage der Zeit zu sein, dass sich auch Wyk mit einem dieser Bauwerke auf Holz- oder Beton-Pfählen schmücken wird.

Im ursprünglichen Sinne wurden Seebrücken gebaut, um in Küstenorten mit sehr flach auslaufenden Gewässern ohne Häfen das Anlegen von Schiffen zu ermöglichen. Daneben entwickelten sich die teils monumentalen Bauwerke – die größte in Deutschland steht in Heringsdorf und ragt 508 Meter ins Meer – schnell zu touristischen Attraktionen, die zum Flanieren einladen und Standorte für Restaurants, Imbissbuden oder auch Hotels sind.

Um sich erste Eindrücke zu verschaffen, hatte der Hafenbetrieb die Ausschussmitglieder jüngst zu einer zweitägigen Tour eingeladen, auf der die Ostsee-Seebrücken von Kellenhusen, Grömitz und Boltenhagen sowie die zum Wasser führende neue Brücke des Nordeseebades St. Peter-Ording besichtigt wurden. Und die Politiker waren beeindruckt, denn bereits auf der Tour herrschte Partei übergreifend Einigung, so etwas auch in Wyk zu realisieren. Insofern fiel auf der Sitzung der Grundsatzbeschluss, „die Voraussetzungen zur Errichtung einer Seebrücke zu schaffen“, einstimmig aus.

„Es wird kritische Stimmen geben“, ahnte Eberhard Schaefer (KG) angesichts der bekanntermaßen chronischen Ebbe in der Stadtkasse. Der Ausschuss-Vorsitzende wusste, dass etwa „Schulen und Kindergärten leiden“, diese Bereiche jedoch nicht verbunden werden könnten. „Wir haben nicht die Möglichkeit, Gelder umzuschichten“, erklärte Schaefer, vielmehr mache man die Konkurrenz stark, wenn man Fördermittel nicht ausschöpfe: „Wenn wir nicht bauen, baut jemand anderes“. Dabei schätzen die Politiker die Baukosten auf fünf bis sechs Millionen Euro und erhoffen sich eine 50-prozentige Förderung.

Und auch, dass der Neubau an der Mittelbrücke erfolgen sollte, war schnell klar. Die Alternative Südstrand fiel heraus, weil dort das Wasser zu flach sei und kein Schiff anlegen könne. Geprüft wird allerdings die Möglichkeit, die alte Mittelbrücke an den Südstrand zu verlegen – entweder an die Stelle der derzeitigen Südstrandbrücke oder direkt ans Ende der Badestraße.

Dann ging es daran, dem zukünftigen Planungsbüro Vorgaben zu machen. So soll die Brücke um die 300 Meter lang werden. Zum Vergleich: Die Mittelbrücke misst 110 Meter. Zudem will man die Oberfläche in Holz ausführen, während für die Unterkonstruktion vom Planer verschiedene Vorschläge (Stahl, Stahlbeton, Holz) erwartet werden. Die Seebrücke darf im Niveau variieren, um die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Denn das neue Bauwerk soll nicht einfach nur eine Seebrücke sein. So machten die Bezeichnungen „Erlebnis-“ oder „Gezeitenbrücke“ die Runde. Die neue Touristenattraktion soll nämlich nicht nur zum Flanieren einladen, sondern es werden auch Bade- und Angelplattformen (Pontons?), Möglichkeiten zum Verweilen, eine DLRG-Station oder Sportbootanleger vorgesehen. Außerdem soll das Thema erneuerbare Energien in den Vordergrund gestellt werden. Vorstellen konnten sich die Politiker, etwa die Beleuchtung durch ein Gezeitenkraftwerk zu versorgen.

Sicher ist, dass eine Anlegemöglichkeit für etwas größere Schiffe (Ausflugsschiffahrt, historische Segler) vorhanden sein wird. Möglichkeiten zur gastronomischen Nutzung sollen dagegen erst geprüft werden. Zudem wollen die Ausschussmitglieder zunächst noch einen Ortstermin abhalten, um bezüglich Längen und Höhen noch einmal in sich zu gehen. Formell wird nun der Finanzausschuss prüfen müssen, ob das Projekt überhaupt in Betracht kommt, danach sind die Stadtvertreter am Zug.

djs